

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Verlagsort: Leipzig.
Verlag: Nr. 20813.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen 4,80 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-ungarn 5,10 M. Erscheinung täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 240.

Dresden, Montag den 14. Oktober 1918.

29. Jahrg.

Neue Kanzlerkrisis?

Völlige Zustimmung zu Wilsons Forderungen. — Das Echo der deutschen Antwort.

Die deutsche Note.

wtb. Berlin, 12. Oktober. (Amtlich.)

In Verantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die deutsche Regierung: Die deutsche Regierung hat die Note angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar und in seinen späteren Ausführungen als Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens vorgelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre als leitend der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen.

Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf dem Boden der Annahmen des Präsidenten Wilson stellen.

Die deutsche Regierung erklärt sich im Einvernehmen mit der Reichsregierung bereit, zur Verwirklichung eines solchen Friedens die notwendigen Schritte zu tun. Sie stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt einer gemischten Kommission zu veranlassen, der es obliegen würde, über die zur Abklärung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Weltfrieden trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Vereinbarung mit der großen Mehrheit des Reichstags. In jeder Hinsicht gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.

Berlin, den 12. Oktober 1918.

Stabschef des Auswärtigen Amtes.

Die deutsche Antwort auf Wilsons drei Punkte ist so angefallen, wie es nach allen Voraussetzungen der letzten Tage zu erwarten war. Deutschland und Oesterreich-Ungarn erklären sich zur Klärung der bestrittenen Gebiete bereit, um die Bedingungen eines Waffenstillstandes zu schaffen. Die Friedensbedingungen sollen der praktischen Anwendung der Wilsonschen Grundzüge dienen. Diese Grundzüge, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker betonen, bedeuten für das deutsche Volk die Aufrollung der Elsaß-Lotharingischen und der polnischen Frage. Was Elsaß-Lothringen angeht, so dürfte dem Schoße der deutschen Regierung demnach eine Vorlage entfallen, die den Reichsländern die so lange gesuchte Autonomie gewährt. Die Franzosen sind damit allerdings nicht zu befriedigen, und es bliebe zu erwarten, eine Volksabstimmung über das künftige Schicksal Elsaß-Lothringens entscheiden zu lassen, oder aus den beiden Völkern einen selbständigen Staat zu formen, der durch Zollunion nach dem Muster Luxemburgs mit Deutschland verbunden bleibt. Wir wissen, daß auch diese Lösung in Frankreich auf Protest stoßen würde, oder wenn ein Friede geschlossen werden soll, der in seinem Volke Stachel und Stoff zu Unruhenbewegungen zurückläßt, so müßte auch für die Loslösung Elsaß-Lothringens eine Form gefunden werden, die die uns mit den Reichsländern verknüpfenden wirtschaftlichen Interessen berücksichtigt.

Die polnische Frage hat sich in den letzten Wochen für Deutschland und Oesterreich ungünstig verschoben. Die Polen fordern heute nicht mehr und nicht weniger als einen selbständigen polnischen Staat mit Einschluss aller von Polen besetzten Gebiete. Das müßte für Oesterreich den Verlust einer Teilung Galiziens bedeuten und könnte für Deutschland auf eine Abtrennung Westpreußens und eines südlichen Teils von Schlesien hinauslaufen, womit Deutschland das wichtige ober-schlesische Kohlen- und Eisenerz verlieren zu geben droht. Auch daraus würden sich für Deutschland erhebliche wirtschaftliche Nachteile ergeben. Wir sehen dabei vorläufig noch von einer weiteren Forderung der Polen auf den Besitz des Ostpreußens ab und meinen, daß den Polen der Weg zur Verwirklichung ihrer Forderungen durch Verhandlungen gewahrt werden könnte. Machen sich auch unsere westlichen Gegner die polnischen Forderungen zu eigen, so bleibt auch hier nur als letzte Möglichkeit, daß Polen durch Zollbündnis mit der deutschen Wirtschaft verknüpft bleibe.

Schließlich findet die kommende Friedenskonferenz eine unangenehme, die im deutschen Volke nicht tiefe Pitterkeit zurückläßt, denn das würde unsere künftige Politik mit vielem unangenehmen Kampf belasten. Die Alldeutschen streifen jetzt schon, als hätte die neue Regierung Verrat begangen. Die rechtlichen Herrschaften, die Deutschland in die unangenehme Situation der Gegenwart gestürzt haben, wissen zwar genau, daß der Friedensvertrag des Prinzen Max von Baden im Einverständnis mit der Obersten Heeresleitung unterzeichnet wurde, und sie kennen auch die durchschlagenden Gründe, die die deutsche Heeresleitung zu der Entscheidung brachten, die die Sozialdemokratie seit Jahren vergeblich rief. Aber was kommt es uns an die Wand gedrückt, Siedetreiben auf den Kanzler an? Sie haben nicht vergessen, daß sie schon oft mit dem Reich über eine unglückliche Rolle hinweggekommen sind, und so stimmen sie denn jetzt das große Geschrei vom Verrat an, um eine einigermaßen mögliche Wahlmöglichkeit vor dem Frieden zu retten. Das deutsche Volk wird diesen Politikern des Unglücks die Antwort nicht schuldig bleiben. Wir wollen im Interesse eines baldigen Friedens nur hoffen, daß die alldeutsche Presse im gegnerischen Auslande nicht so voll genommen wird, wie es zum Leidwesen Deutschlands bisher der Fall war.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

wtb. (Amtlich) Großes Hauptquartier, den 14. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:
Vorstände des Gegners gegen die Kanalküste beiderseits von Douai wurden abgewiesen. Der Feind, der vorübergehend in Aubigny-au-Bac eindrang, wurde im Gegenstoß wieder hinausgeworfen. Nordöstlich von Cambrai sind stärkere englische Angriffe zwischen Valenciennes und Hadres gescheitert. Südlich von Solesmes übertrieben wir ein aus den letzten Kämpfen noch verbliebenes Engländernest.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:
Nordlich der Dife wurden erneute Angriffe der Franzosen bei und südlich von Aisoville abgewiesen. Nordlich von Laon und an der Aisne sehen wir in unseren neuen Stellungen. Die erfolgreichen Kämpfe der letzten Tage am Chemin-des-Dames und in den Stellungen an der Suippe, vor denen der Feind in fast täglich wiederholtem vergeblichem Ansturm schwere Verluste erlitt, haben hier ebenso wie auf dem Schlachtfelde in der Champagne die glatte Durchführung der Bewegungen ermöglicht.

Heeresgruppe Gallwitz:
Beiderseits der Maas keine größeren Kampfhandlungen. In erfolgreichen Angriffsumernahmen nahmen wir kleinere, nach Abschluß der Kämpfe des 12. Oktober noch vom Feinde besetzte Stellungen wieder.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

find, und so stimmen sie denn jetzt das große Geschrei vom Verrat an, um eine einigermaßen mögliche Wahlmöglichkeit vor dem Frieden zu retten. Das deutsche Volk wird diesen Politikern des Unglücks die Antwort nicht schuldig bleiben. Wir wollen im Interesse eines baldigen Friedens nur hoffen, daß die alldeutsche Presse im gegnerischen Auslande nicht so voll genommen wird, wie es zum Leidwesen Deutschlands bisher der Fall war.

Soweit gegnerische Auslandsstimmen zur deutschen Antwort bereits vorliegen, sind es die ersten hitzigen Auslassungen der Nationalistenfreie, die sich nach alter Erfahrung stets vor den Stimmen der Vernunft vernehmen lassen. Wenn Main glaubt, daß Wilsons bevorstehende Antwort „einen Ton anstreift, vor dem Deutschland verstummt“, so hoffen wir demgegenüber, daß Wilson seinen Grundzügen und Reden mindestens ebenso treu bleiben wird, wie der Main seiner Völkerverehrung immer treu geblieben ist. Der amerikanische Präsident trägt im Augenblick eine Verantwortung, wie sie vor diesem Kriege kaum je auf den Schultern eines Menschen lastete. Jeder Tag weiteren Vordrängens vermehrt das Unglück der Gebiete, über die der Krieg seinen verheerenden Feuerwagen sendet; jeder Tag, um den der Waffenstillstand verzögert wird, fordert neue Tausende blühender Menschenleben. Möge Wilson darum rasch und möge er menschlich entscheiden!

Der Brief des Reichskanzlers.

Die deutsche Note vom 12. Oktober trägt nicht die Unterschrift des Reichskanzlers Prinzen Max, sondern die des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Solf. Wie das kam, darüber muß aufrichtig berichtet werden. Der Reichskanzler Prinz Max hat in seiner sehr sympathischen Rede vom 5. Oktober mit besonderer Stärke hervorgehoben, daß die Ideen, die er jetzt vertritt, schon die längste Zeit während des Krieges seiner Überzeugung entsprungen hätten. Nun veröffentlichte die in der Schweiz erscheinende Freie Zeitung einen Brief des Prinzen an den Fürsten Alexander zu Hohenlohe, der so ziemlich klar das genaue Gegenteil zu beweisen scheint. Prinz Max wendet sich in diesem Briefe, der vom 12. Januar dieses Jahres datiert ist, gegen eine Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli v. J. und gegen eine Demokratisierung Deutschlands nach westlichen Muster. Es ist klar, daß diese Veröffentlichung in diesem Augenblick ein Aufsehen der gegenwärtigen Reichsleitung einen starken Stoß ertönen hat.

Es wäre natürlich an sich kein Unglück, wenn der Prinz früher in anderen Ideen befangen gewesen und sich erst später zu seinen gegenwärtigen Überzeugungen bekehrt hätte. So ist es vielen gegangen. Sie haben aus den Tatsachen gelernt, und das ist keine Schande für sie. Was den Fall so überaus peinlich macht, ist aber die Behauptung des Prinzen, er habe keinerlei Veränderungen vollzogen, er habe schon immer so wie jetzt gedacht. Der Widerspruch läßt sich nur so er-

klären, daß der Prinz bei der Betretung der Beständigkeit seiner Gesinnung in Eile eine fremde Formulation übernommen hat, ohne sein Gewissen darauf zu prüfen, ob sie auch den Tatsachen vollkommen entspricht. Sein Brief an den Fürsten Alexander war, was in der Aufregung der letzten Tage begreiflich ist, unter die Schwelle seines Bewußtseins gesunken. Sehr glaubhaft macht auch der Prinz geltend, daß ihn nur der Widerspruch gegen die überparteilichen Ausführungen des Fürsten zu Ausdrücken gereizt habe, die er in einem Privatbrief antworten zu dürfen glaubte, die er aber in der Öffentlichkeit bemerken hätte.

Recht also diesem psychologischen Faktel keineswegs eine plausible Lösung, so wird man doch nicht sagen, daß dieser Zwischenfall wie ein Hauch auf dem Spiegel der Welt hätte. Nein, es muß aufrichtig gesagt werden, der Spiegel, über dessen Glanz wir alle uns am 5. Oktober freuten, hat einen dauernden Schaden erlitten. Wir haben eine bittere Enttäuschung erlebt.

In dem Augenblick, in dem diese Zeilen Berlin verlassen, ist diese Angelegenheit noch nicht endgültig geordnet. Ihre erste Folge ist die Unterzeichnung der deutschen Note nicht durch den Prinzen, sondern durch den Staatssekretär Dr. Solf. Eine Erklärung des Prinzen ist unterwegs, ob sie den Zwischenfall ausräumt, ist noch zweifelhaft. Wir möchten sagen, es ist recht unwahrscheinlich.

Sollte Prinz Max an der Spitze der Regierung verbleiben, weil man weitere innere Erschütterungen in diesem Augenblick vermeiden will, so könnte er doch nicht in dem Sinne Führer bleiben, in dem er es eigentlich hätte sein müssen.

Die Antwort und das Ausland.

Neuer meldet aus New York: Die New York Times schreiben über Wilsons Note: Die Maßregeln, die am Verhandlungstisch getroffen werden, werden es Deutschland unmöglich machen, aufs neue sein Wort zu brechen. — Die Chicago Tribune schreibt: Möge die Antwort des amerikanischen Volkes die Antwort eines begeisterten Heeres sein.

An den New York Rotterdam Courant wird aus Paris gemeldet: Der Main schreibt: Nach Verlassen aus Washington ist die Haltung Wilsons augenblicklich sehr durchsichtig. Er hat einfach die Bedingungen gestellt, unter denen er das Heil der Weltmächte seinen eigenen Bundesgenossen übermitteln wird. Weiter wird es, insofern er eine kriegsführende Nation vertritt, seine Aufgabe sein, nach vorheriger Rücksprache mit den anderen Verhandlungsmächten die Bedingungen festzustellen, unter denen der Waffenstillstand bewilligt werden kann. Wir wissen aus zuverlässiger Quelle, daß er darin einen Ton anstreben wird, der dem Deutschland verträglich ist.

Berlin, 12. Oktober. Die heutigen Kommentare der französischen Presse zur Antwort des Präsidenten Wilson beruhen auf dem gleichen Gesichtspunkt wie gestern. Hervorgehoben ist Echo de Paris, das schreibt: Es ist selbstverständlich, daß die Ententeleistungen durch die Antwort der Vereinigten Staaten keineswegs gebunden sind, ihre volle Bewegungsfreiheit zu behahren, ihre Armeen erst anhalten und die Regelung des Postens erst unterzeichnen werden, indem sie sich von ihren eigenen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen inspirieren lassen. — Von den sozialistischen Wärdern äußert sich bisher nur Populäre, der die Antwort des Präsidenten durchaus gut heißt. Populäre stellt fest, daß auf der Pariser Börse die Kriegswerte fallen, was ein gutes Zeichen ist. Wilson hat klare und lokale Fragen gestellt und die Initiative ergriffen, die die übrigen Ententeleistungen bisher nicht ertrotzen wollten. Man verhoffe, daß die regierungstreuen Blätter die Wilsonsche Note nur lächeln und unentschieden aufnehmen.

Jubel in London.

Neuer meldet aus London: Die deutsche Antwort an Wilson wurde spät abends in London bekannt. Sie wurde in den Theatern und in den Kinos durch Filme bekanntgegeben. Das Publikum empfing die Nachricht mit ungeheurem Jubel und begann Lieder zu singen. Manche Vorstellungen mußten abgebrochen werden. Die öffentliche Meinung sei, das Ende des Krieges sei nur noch eine Frage von Wochen.

Italienische Stimmen.

Lugano, 13. Oktober. Giornale d'Italia und Corriere della Sera rechnen bei mangelnder Radikalität Deutschlands mit dem Abfall nicht nur der Türkei, sondern auch Oesterreich-Ungarns. Sollte Deutschland seinen festen Boden nicht hegen wollen, so schreibt Corriere della Sera, so hätte der Verband bei voller Ueberlegung ein Interesse an der Ablehnung der Wilsonschen Bedingungen durch Deutschland, da dann nächstes Frühjahr der Zusammenbruch um so vollständiger sein würde.

Wilson als Stammführer der Entente.

Genf, 14. Oktober. Die viermündige Pariser Entente-Konferenz rechnet nach Pariser Meldungen schon mit der Vereinfachung der Mittelmächte, die besetzten Gebiete zu räumen. Wilson ist diesmal, wie Main und andre Organe hervorheben, in höherem Grade der Ententeleistungen für Verwirklichung des Waffenstillstandes. Nicht als Schiedsrichter, sondern als Stammführer der Entente wolle Wilson deren Befehle betonen. Seine Sprache müsse demnach eine wesentlich andre sein als die seiner jüngsten Reden. Man werde diesmal hoch vorausschauend. Die Sozialisten